

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 09.06.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06110 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Frau Heike Wießner	stimmberechtigtes Mitglied im JHA
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Herr Dr. Hendrik Kluge	Kirschenkreis Halle-Saalkreis
Herr Ernst-Christoph Römer	Evangelische Stadtmission
Frau Katja Raab	FDP
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Leonhard Dölle	Jugendwerkstatt Bauhof Halle
Frau Beate Gellert	Kinder- und Jugendhaus e. V.
Frau Antje Klotsch	
Herr Uwe Kramer	Villa Jühling e. V.
Frau Anna-Maria Manser	Jugendwerkstatt Frohe Zukunft
Herr Philipp Pieloth	Kinder- und Jugendrat
Frau Peggy Rarrasch	Humanistischer RV
Frau Katharina Brederlow	Verw
Herr Tobias Kogge	BG
Frau Beauftragte für Integration u.	Migration Petra Schneutzer Verw
Frau Dagmar Schöps	Verw
Herr Bernd Werner	Verw
Herr Andreas Wilhelm	Verw

Entschuldigt fehlen:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Stefan Schulz	SKE	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Frau Ilona Hackel	Arbeitsagentur Halle	vertreten durch: Frau Lüddecke
Frau Carola Messerschmidt	LVWA, Abt. Schule und Kultur	
Herr Olaf Neubert	Stadtelternbeirat	
Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat	
Frau Carmen Wiebach	ARGE SGB II Halle GmbH	
Herr Klaus Adam	stellv. Mitglied im JHA	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr KR Ralf Berger	Polizei Halle	
Herr Torsten Bognitz	Caritasverband	vertreten durch Herrn Römer
Frau Dorothee Fischer	Villa Jühling e. V.	
Herr Richter Bruno Glomski	Amtsgericht Halle	
Frau Renate Leonhard	Katholisches	
Propsteipfarramt		
Frau Christine Ohmke	Jugendwerkstatt Bauhof Halle	

Frau Sylvia Plättner	AWO Regionalverband
Halle-Merseburg e. V.	
Herr Max Privorozki	Jüdische Gemeinde zu
Halle	
Frau Helga Schubert	DRK Kreisverband Halle- vertreten durch Frau Manser
Saalkreis-Mansfelder Land e. V.	
Herr Christof Starke	Friedenskreis Halle
Frau Heike Brink	Verw
Frau Gabriele Heder	Verw
Frau Uta Kaupke	Verw
Frau Andrea Schneller-Panier	Verw
Frau Susanne Wildner	Verw

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 28.04.2011
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 05.05.2011
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Vorstellung der Jugendbegegnungs- und beratungszentren in der Stadt Halle (Saale)
- 6. Bericht zu den Jugendbegegnungs- und -beratungszentren mit ihren Aufgabenfeldern
Berichterstattung durch das Amt für Kinder, Jugend und Familie
- 7. Halbjahresbericht des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale)
- 8. Bericht zum Stand "Lokales Netzwerk Kinderschutz"
Berichterstattung: Frau Hesselbach, Koordinatorin Kinderschutznetzwerk, Amt für Kinder, Jugend und Familie
- 9. Beschlussvorlagen
- 9.1. Namensänderung einer Kindertagesstätte des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09722
- 9.2. Fortschreibung der Jugendhilfeplanung §§ 11-13,14,16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09580
- 9.3. Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Angeboten der Jugendhilfe
Vorlage: V/2011/09711
- 10. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Rauchverbot auf Spielplätzen
- 10.1. Vorlage: V/2011/09690
- Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle
- 10.2. Vorlage: V/2011/09673
- Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für
- 10.2. Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle [Vorlage: V/2011/09673]
- 1. Vorlage: V/2011/09764

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen)
Vorlage: V/2011/09772

11. schriftliche Anfragen von Stadträten
12. Mitteilungen
13. Themenspeicher
14. Beantwortung von mündlichen Anfragen
15. Anregungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Es gab keine Vorträge/Wünsche oder Anfragen. Die Vorsitzende, **Frau H. Haupt**, schloss die Kinder- und Jugendsprechstunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende bat um Änderung der TOP 6 und 7 zu tauschen. Dem wurde zugestimmt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 28.04.2011

Die Niederschrift vom 28.04.2011 wurde angenommen

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 05.05.2011

Die Vorsitzende, **Frau H. Haupt**, schlug vor, Abstimmung zu vertagen.
Der Vorschlag wurde akzeptiert.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Vorsitzende gab die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt.

zu 5 Vorstellung der Jugendbegegnungs- und beratungszentren in der Stadt Halle (Saale)

Die Vorsitzende, **Frau H. Haupt**, legte den Zeitrahmen für den Vortrag auf 20 Minuten fest. Herr Kloß vom Dornröschen bat um Genehmigung, Fotos von den Vortragenden machen zu dürfen. Herr Kogge verwies darauf, dass die Fotos ohne einzelne Genehmigung nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden dürfen.

Es folgte der Vortrag.

Dieser war in der Vorbereitung durch alle Vortragenden abgestimmt und als Powerpointpräsentation vorbereitet worden.

Die Vorsitzende, **Frau H. Haupt**, ließ einige Fragen zu.

Frau Wießner fragte nach den Öffnungszeiten.

Sie erhielt die Auskünfte. Danach sind die Öffnungszeiten inzwischen etwas reduziert, weil die Personaldecke dies unumgänglich machten. Dies betreffe ggf. auch die Wochenenden, so z.B. bei Dornröschen.

Herr Schachtschneider fragte nach den Wochenstunden und der Anzahl Vollzeitstellen.

Frau Klotsch bot Herrn Schachtschneider an, detaillierte Angaben zur Zusammensetzung der Aufgaben für die tägliche Arbeitszeit zu machen.

zu 6 Bericht zu den Jugendbegegnungs- und -beratungszentren mit ihren Aufgabenfeldern Berichterstattung durch das Amt für Kinder, Jugend und Familie

Frau Brederlow gab den Bericht. Sie erinnerte an die Schaffung der JBBZ, die Gründe, die damaligen Aufgabenstellungen und den Werdegang. Eine Änderung hat sich seither durch die Wiedereinführung der Schulsozialarbeit ergeben, so dass sich die JBBZ mehr auch für Familien öffnen konnten. Besonders junge Familien haben diese Möglichkeiten genutzt. Sie räumte ein, dass die Öffnungszeiten noch diskussionswürdig sind, wobei dem Amt für Kinder, Jugend und Familie auch die Probleme der JBBZ bekannt sind und vom Amt durchaus anerkannt werden. Auch wurden in den zurückliegenden Jahren Räume reduziert, um die Finanzen nicht so sehr in die Räume, sondern in die Personalkosten zu lenken.

Es stehe die Frage, welches Potenzial sich die Stadt Halle leisten kann, soll oder braucht. Auch stehe die Frage, ob die seinerzeit geschaffenen JBBZ auch heute noch die Zentren sind oder sich eventuell neue Zentren gebildet haben.

zu 7 **Halbjahresbericht des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale)**

Die Vorsitzende, **Frau H. Haupt**, stellte eingangs den neuen Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle, **Herrn Petrick**, vor.

Herr Pieloth und **Frau Podolski (?)** trugen die Bilanz der Arbeit des KJR vor. Sie berichteten von Arbeitseinsätzen, vom Engagement für den Familiengarten in der Schopenhauerstraße 4 und von der Einbindung des KJR in die Jugendhilfeplanung. Abschließend berichteten sie über die Öffentlichkeitsarbeit des KJR. Es wurde ein Informationsmaterial „*yougend 2010. 1 Jahr Kinder- und Jugendrat*“ an die Anwesenden ausgegeben.

zu 8 **Bericht zum Stand "Lokales Netzwerk Kinderschutz"** **Berichterstattung: Frau Hesselbach, Koordinatorin** **Kinderschutznetzwerk, Amt für Kinder, Jugend und Familie**

Frau Hesselbach trug vor. Ausgangspunkt ist das Kinderschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt und der §8a des KJHG.

Sie stellte auch das mit dem KJR gemeinsam entwickelte Logo des Netzwerks vor, was ein Beleg für die gute Zusammenarbeit mit dem KJR und „ypool“ ist. Sie verwies auf die Internetseite des Amtes für Kinder, Jugend und Familie (www.jugendamt.halle.de), wo viele der Informationen nachlesbar oder auch downloadbar seien.

Der Direktlink zur Seite lautet: <http://www.halle.de/de/Rathaus-Stadtrat/Digitales-Rathaus/Dienststellen/Jugend-Schule-Sozi-05844/Kinder-Jugend-und-F-05867/Projekte/Lokales-Netzwerk-Kin-06969/>.

Frau Hesselbach stellte danach die noch anstehenden Aufgaben für 2011 vor, wozu u.a. eine Geschäftsordnung und der Ausbau der Internetpräsentation gehören. Markantes Ziel sei es auch, dass sich viele Mitstreiter einbringen können und nicht durch zu enge Vorgaben in ihrem Initiativegeist gehemmt werden.

Frau Gellert machte danach auf die Wichtigkeit des Anliegens aufmerksam und fragte, ob das „Frühwarnsystem Silberhöhe“ auch für andere Sozialräume anwendbar sei.

Frau Hesselbach bestätigte, dass auch dieses ein Ziel des Netzwerks ist.

zu 9 **Beschlussvorlagen**

zu 9.1 **Namensänderung einer Kindertagesstätte des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: V/2011/09722**

Es gab keine Nachfragen und keine Diskussion.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung:	
zugestimmt	15
abgelehnt	0
enthalten	0

Einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der Namensänderung einer Kindertagesstätte des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Die Kindertagesstätte **Tierhäuschen I** wird in Kindertagesstätte **Kling Klang** umbenannt.

**zu 9.2 Fortschreibung der Jugendhilfeplanung §§ 11-13,14,16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09580**

Frau Schöps gab einen kurzen Einführungsvortrag.

Frau Brock kann nicht nachvollziehen, wieso die „5“ und die „8“ so umfangreich seien, da dafür Mittel der BA zur Verfügung stünden.

Frau Gellert erkundigte sich danach, wie viel Kindertagesstätten dann pro Sozialarbeiter geplant sind.

Frau Brederlow wies daraufhin, dass es nichts Flächendeckendes sein solle, sondern dass auf jeden Fall Schwerpunkte gebildet werden, dort wo der Bedarf am Größten ist.

Herr Kramer erklärte, dass es momentan um eine Leistungsbeschreibung gegangen sei und quantitative Aussagen hier nicht als Aufgabe standen.

Frau Wolff bat darum, die Indikatorentabellen extra zugesandt zu bekommen. **Frau Schöps** sagte zu, dass die Tabellen an das Protokoll angeheftet werden.

Frau Brock fragte nach Kooperationsverträgen und deren Notwendigkeit. **Frau Brederlow** verdeutlichte, dass ohne verbindliche Kooperationsverträge die Schulen nicht zu einer ausreichenden Mitarbeit zu bewegen seien.

Frau Gellert nach dem Prozedere, wenn ein Träger mit einer KITA des EB KITA einen Kooperationsvertrag abschließen wolle. **Frau Brederlow** erklärte, dass es sicher am Günstigsten sei, dies jeweils über die Leitung des EB KITA zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung:	
zugestimmt	14
abgelehnt	0
enthalten	1

Einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschläge:

1. Der Stadtrat stimmt den Leistungsbeschreibungen I – XII (Anlage 1) zu.
2. Der Stadtrat nimmt die Darstellung der Indikatoren gemäß Anlage 2 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die Indikatoren jährlich zum Stichtag 31.12. zu aktualisieren.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die „Neufassung der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur „Bewilligung von Zuschüssen zur Förderung von Leistung der Jugendhilfe“ (5.09/0)“ gemäß der durch die Weiterentwicklung der Jugendhilfeplanung resultierenden Veränderungen zu überarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung im Juli 2011 vorzulegen.
4. Mit der Zustimmung zur Fortschreibung der Jugendhilfeplanung §§ 11-13, 14,16 SGB VIII finden die Beschlüsse III/2002/02896 (Einrichtung von JBBZ im SR-Bezug) und III/2004/03961(Standards zu Personalausstattung) keine Anwendung mehr.

Finanzielle Auswirkung: keine

zu 9.3 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Angeboten der Jugendhilfe Vorlage: V/2011/09711

Frau Wolff erkundigte sich nach § 9 und dem Datum des Beschlusses der Beschlussvorlage, wieso das Beschlussdatum im Dezember sei, weil doch für „spätestens November“ angedacht war.

Frau Brederlow gab ihrer Frage recht.

Herr Zwakhoven erklärte, dass die Terminkette zwischen Ende der Antragstellung (31.8.d.J.) und der Umstand, dass die Anträge auch in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung gehen soll, dieser Termin (Dezember) entstanden sei. **Frau Klotsch** bestätigte, dass auch der Unterausschuss Jugendhilfeplanung dies so sieht.

Frau Rarrasch fragte nach den Modi der Auszahlung. Sie sieht da ein Problem, wenn die Zuwendungsbescheide erst Mitte des Folgejahres kommen und fragte nach „vorläufigen Bescheiden“. **Herr Zwakhoven** verwies darauf, dass dies in § 9, Abs. 2 steht. Auch regelt der §2, Abs. 4 die Zahlungsmöglichkeit von Vorschüssen.

Herr Römer fragte dem Begriff „vorläufiger Verwaltungsakt“. **Herr Zwakhoven** erklärte, dass dieser Begriff durch das Rechtsamt geprüft sei und so rechtens ist.

Frau Brock fragte, ob die Richtlinie mit dem neuen Aspekt „Bildung und Teilhabe“ noch sinnvoll sei. Sie fand, dass der Begriff „Halle-Pass-Inhaber“ entfernt werden sollte. **Herr Kogge** erklärte, dass dies momentan nicht machbar sei, da damit im Augenblick viele Menschen noch ausgegrenzt würden. Dessen ungeachtet könne man die Richtlinie ja später modifizieren.

Herr Kramer fragte nach dem Sachausgabekatalog:

1. *Fahrt- und Reisekosten*: **9-Uhr-Ticket** ist realitätsfremd, da für die Arbeit in Schulen unbrauchbar.
2. Worauf bezieht sich die Maximalsumme von 500 € bei *Spiel- und Beschäftigung*. **Herr Zwakhoven** erklärte, dass sich dieses auf das Projekt beziehe. **Herr Kramer** möchte dies aber an der Zahl der Vollzeitstellen festmachen. Er schlug vor, **Maximum 1.500 €** pro nach Leistungsbeschreibung geförderter Vollzeitstelle.
3. *Honorare*: dort, wo viel Projektarbeit daran hängt, sind die 2.500 € recht knapp. Daher sollte Auflistung der Projektarbeit angehängt werden. **Der Betrag von 2.500 € soll deswegen gestrichen werden**. Auszahlung erfolgt nach den nachgewiesenen Notwendigkeiten.
4. Wo finden sich „Technikpauschalen“, die bei Sharing von technischen Geräten anfallen? **Herr Zwakhoven** verwies auf „*Wartung technischer Geräte...*“.
5. Was ist mit FSJ-Stellen? Wo wäre es denkbar, dass man die dabei anfallenden Kosten nachweisen kann? **Herr Zwakhoven** erklärte, dass dies Personalkosten sind und nicht bei Sachausgaben erscheinen können. **Herr Kogge** bestätigte dies. FSJ ist eine fremde Aufgabe, die nicht im Sachausgabekatalog geregelt werden kann.

Frau Gellert fragte, ob die Kosten, die dem Träger in der Bürgerarbeit entstehenden Kosten (z.B. Versicherung) als Eigenmittel anerkannt werden können. **Frau Brederlow** machte deutlich, dass höhere Beträge in einem Bereich Kürzungen in einem anderen Bereich nach sich ziehen. Sie kann momentan nicht erklären, ob eine solche Anerkennung rechtlich in Ordnung sei. Das müsse erst geprüft werden.

Frau Raab erklärte, dass bei FSJ-Stellen ein „weicheres Herangehen“ besser sei, weil finanziell günstiger. **Frau Brederlow** machte rechtliche Bedenken geltend, da das „Fachkräftegebot“ immer gilt.

Herr Römer fragte nach der Nachweiserbringung, z.B. Instanthaltung, Bewachung von Alarmanlagen etc. Welche Umlagen würden akzeptiert. **Herr Zwakhoven** erklärte, dass die nachgewiesenen Kostenstellen des Trägers hier anerkannt werden können.

Frau Brock erklärte, dass es jetzt um Verwaltungsfragen gehe und nicht mehr um das Grundsätzliche.

Herr Kogge erklärte, dass dieser Teil der Beschlussvorlage in den Unterausschuss zurück muss.

Frau H. Haupt erklärt, dass demnach heute nur über Pkt. 1 abgestimmt werden kann:

Abstimmungsergebnis:

Es wurde nur zu Pkt.1 abgestimmt:

Abstimmung:	
zugestimmt	15
abgelehnt	0
enthalten	0

Einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Angeboten der Jugendhilfe.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Sachausgabenkatalog gemäß § 4 Abs. 3 der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Angeboten der Jugendhilfe.

zu 10 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Rauchverbot auf Spielplätzen
Vorlage: V/2011/09690**

Frau Brock unterstrich noch einmal die Notwendigkeit dieses Antrags. **Frau Raab** wiederholte die Gegenargumente, die sie bereits in der Sitzung des Stadtrats genannt hat. Die Argumente seien alle weit hergeholt. Es ist ja nicht durchsetzbar, weil gar nicht die Kontrollmöglichkeiten vorhanden sind.

Herr Schachtschneider machte die Problematik der Begrenzung der Spielplätze deutlich und schloss sich zudem den Gegenargumenten von Frau Raab an.

Herr Trömel möchte wissen, was eigentlich das Ziel des Antrags sei. Er wolle sich dennoch dem Antrag anschließen.

Frau U. Haupt sprach sich auch für den Antrag aus, da vor allem Jugendliche auf Spielplätzen rauchen und das würde durch den Antrag erschwert werden.

Frau Brock sprach sich für die Selbstkontrolle durch die Eltern aus, die durch das Vorhandensein einer solchen Regelung gestärkt werden würde.

Frau Wolff sprach sich auch für die Regelung aus. Sie kenne Spielplätze, wo trotz vorhandener Abfallkörbe Müll auf den Spielplätzen sei.

Herr Hopfgarten sagte, dass der Umstand, dass man das nicht ausreichend kontrollieren könne, kein Grund für eine Ablehnung sei.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung:	
zugestimmt	11
abgelehnt	1
enthalten	3

Mehrheitlich zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) befürwortet die Aufnahme eines Rauchverbotes auf städtischen Spielplätzen in die „Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen der Stadt Halle (Saale)“ und beauftragt daher die Stadtverwaltung für eine Beschlussfassung in der Stadtratssitzung 31.08.2011 mit der Erarbeitung einer entsprechenden Änderungssatzung.

zu 10.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle Vorlage: V/2011/09673

_Die Pkte. 10.2. und 10.2.1. wurden im Komplex behandelt.

Frau Wolff unterstrich die Notwendigkeit dieses Antrags.

Frau Bühler (Amt 53, Gesundheitsamt) machte deutlich, dass die Leistung so nicht erbracht werden könne und zu dem genannten Zeitpunkt absolut ausgeschlossen sei. Die Personaldecke sei dafür nicht vorhanden und die Stelle der Drogenbeauftragten, die sich vorrangig und überwiegend diesem Thema zuwenden könnte, gibt es nicht mehr.

Frau Wolff erklärte, dass es um das Grundsätzliche dabei gehe und über den Zeitpunkt durchaus verhandelt werden könne. Zudem seien in der Stadtverwaltung doch genügend qualifizierte Mitarbeiter für die Umsetzung vorhanden.

Frau H. Haupt fasste die Änderungen zusammen:

- Ende 2012 statt 2011
- Sollten statt sind
- Anhalt-Bitterfeld und Wolfen dazu.

Daraus ergibt sich folgender geänderter Text. Die Änderungen sind *kursiv* gedruckt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

mittelfristig ein regionales Strategiekonzept zur ambulanten Suchthilfe in der Stadt Halle fortzuschreiben und das Konzept dem Stadtrat bis Ende 2012 vorzulegen. Das Konzept soll u.a. ein Leistungsverzeichnis für ambulante Sucht- und Drogenberatungsstellen und Drogenstreetworkstellen sowie einen nachhaltigen Ansatz für das kommunale Suchthilfesystem umfassen.

In das Konzept *sollten* die Kreise Mansfeld Südharz, Burgenlandkreis, *die Kreise Anhalt-Bitterfeld und Wolfen* und der Saalekreis mit *einbezogen* werden.

Es wurde danach zunächst über die Änderungen und danach über den Antrag in der geänderten Form, so wie oben in dem Kästchen abgedruckt, abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Es wurde über die Änderungen (siehe Text mit den kursiv eingetragenen Änderungen) abgestimmt:

Abstimmung:	
zugestimmt	14
abgelehnt	
enthalten	1

Einstimmig angenommen.

Danach wurde über den Antrag mit allen Änderungen abgestimmt:

Abstimmung:	
zugestimmt	15
abgelehnt	
enthalten	

Einstimmig angenommen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverwaltung wird beauftragt,

mittelfristig ein regionales Strategiekonzept zur ambulanten Suchthilfe in der Stadt Halle fortzuschreiben und das Konzept dem Stadtrat bis Ende 2011 vorzulegen. Das Konzept soll u.a. ein Leistungsverzeichnis für ambulante Sucht- und Drogenberatungsstellen und Drogenstreetworkstellen sowie einen nachhaltigen Ansatz für das kommunale Suchthilfesystem umfassen.

In das Konzept sind die Kreise Mansfeld Südharz, Burgenlandkreis und der Saalekreis mit einzubeziehen.

**zu 10.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle [Vorlage: V/2011/09673]
Vorlage: V/2011/09764**

Siehe 10.2.

**zu 10.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen)
Vorlage: V/2011/09772**

Frau U. Haupt gab eine einführende Erklärung und machte deutlich, dass es vor allem eine politische Entscheidung sei. Im SGGA hat es eine sehr emotional geladene Diskussion gegeben, wobei am Ende die mehrheitliche Zustimmung erfolgt ist.

Frau H. Haupt erklärte, dass die Schwierigkeit durchaus klar ist, aber ein Anfang gemacht werden müsse.

Frau Brock erklärte, dass das Jobcenter nicht einbezogen werden soll, sondern die Cateringfirmen direkt mit den Eltern abrechnen sollten.

Herr Kogge verdeutlichte, dass die Verwaltung den Antrag ablehnt. 9.300 Anträge liegen vor – von 11.800 Antragsberechtigten. Die Rechnung erbringt dann den Betrag von 9.300 € pro Tag, wobei noch offen ist, ob es nur die Unterrichtstage oder auch die Ferientage betrifft.

Er machte deutlich, dass der „Preis des politischen Willens“ zu hoch ist und die Auszahlung nicht über das Schulverwaltungsamt erfolgen kann. Die Daten sind nicht vorhanden und die Caterer haben auch Probleme signalisiert.

Herr Schachtschneider äußerte, dass er das Anliegen versteht. Aber warum das altersmäßig begrenzt wird, kann er nicht verstehen. Die Haushaltszahlen werden das strukturelle Defizit vergrößern und das kann zu Lasten anderer „Freiwilliger Leistungen der Stadt“ gehen. Auch findet er den Antrag unsozial, da er diejenigen ausschließt, die knapp über der Bemessensgrenze liegen und die, deren Mütter zu Hause kochen.

Frau Wießner fragte nach den Kindern, deren Eltern noch Essengeldschulden haben und die durch die Caterer von der Essensbelieferung ausgeschlossen werden.

Frau Raab erklärte, dass die FDP dagegen ist. Der Halle-Pass liefert bereits die Möglichkeit für preiswertes Mittagessen. Es wird wieder Verantwortung von den Eltern weggenommen und in den Staat übertragen. Wenn Eltern ihrer Verantwortung bisher nicht nachkommen, können sie nicht noch dafür mit einem kostenlosen Mittagessen belohnt werden. Zudem gestattet die Haushaltslage der Stadt Halle eine solche Maßnahme gar nicht wirklich. Es werde zu Kürzungen in anderen Bereichen kommen müssen.

Herr Hopfgarten erinnerte daran, dass das ein Wahlkampfziel der SPD gewesen ist und es durchaus Bestrebungen gibt, dieses Ziel in Angriff zu nehmen. Es sei daher durchaus sozial, auch wenn bestimmte Teile der Bevölkerung nicht davon profitieren würden.

Herr Schachtschneider warf ein, dass er seine Aussage von „unsozial“ auf „ein bisschen unsozial“ korrigiere.

Herr Hopfgarten akzeptierte den Einwand mit der Verantwortung der Eltern nicht.

Herr Trömel sprach sich für den Antrag aus.

Frau Wolff erklärte, dass es einfach schlimm sei, wenn Kinder in der Schule nichts zu essen haben. Sie erkenne zwar den Kostenaufwuchs, meine jedoch, dass die Stadt Halle bei der Verteilung der Mittel eben andere Prioritäten setzen muss.

Frau Brederlow fand den Antrag nicht „sonderlich glücklich“, weil Eltern an bestimmten Stellen mehr belastet würden. Es wäre da womöglich zukunftsweisender, über kostenfreie KITA-Plätze zu diskutieren. Die Eltern, die mit dem Antrag erreicht werden sollten, sind oft von der KITA-Benutzung ausgeschlossen, weil sie die Elternbeiträge nicht bezahlen können.

Frau Brock meinte, dass Finanzen aus der Grundsicherung an die Kommunen gehen würden.

Herr Kogge erklärte, dass die Gelder vom Bund aus der Grundsicherung Alter beim FAG des Landes Sachsen-Anhalt wieder gekürzt werden. Deckung sind also bei uns selber zu suchen und nicht bei solchen Bundesmitteln.

Herr Dölle wird den Antrag unterstützen, weil er ihn sinnvoll für Kinder und Familien findet. „Lieber erst mal einen Stein als gar keinen Stein“.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung:	
zugestimmt	11
abgelehnt	1
enthalten	3

Mehrheitlich zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Ab dem Ende der Herbstferien 2011 am 24.10.2011 werden Leistungsberechtigte nach SGB II, SGB XII, nach § 2 und 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Wohngeldgesetz und Kinderzuschlag über die gesetzliche Regelung bzw. die Regelung des Halle-Passes hinaus, bei Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und den Klassen eins bis vier der halleschen Schulen vom Eigenanteil in Höhe von 1 € durch einen städtischen Zuschuss entlastet.
2. Dieser Zuschuss zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung wird den Essensanbietern der Inanspruchnahme entsprechend erstattet.
3. Die finanzielle Deckung für das Jahr 2011 erfolgt aus in den Haushaltsstellen 1.4980. 781100 und 1.4980. 781200 geplanten Mitteln.

zu 11 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 12 **Mitteilungen**

Frau H. Haupt verabschiedete Herrn Zwakhoven als Partner im Jugendhilfeausschuss, da er eine neue Tätigkeit aufnimmt.

Frau Brederlow gab bekannt, dass die Zusammensetzung der Sozialraumgruppen abgeschlossen wurde. Die Übersicht wird es mit dem Protokoll als Anlage geben.

Bei Änderungen der Betriebsform bei Trägern ist das Amt für Kinder, Jugend und Familie zu informieren. Dies ist wichtig für betriebswirtschaftliche Überlegungen.

Sie gab den Termin der Feier zum Frauenschutzhaus bekannt. Es ist der 22.7.2011.

Hinsichtlich der Schulsozialarbeit wird das Amt für Kinder, Jugend und Familie ein Konzept erstellen, das über das Jahr 2013 hinaus gehen soll. Das Thema wird dann zunächst im Unterausschuss Jugendhilfeplanung und später im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden.

Frau Gellert teilte mit, dass sie die Arbeit der Sozialarbeiter, der MitarbeiterInnen in den JBBZ für äußerst wichtig halte.

Frau Gellert teilte mit, dass der Erzieherfachtag von den Frauen, die teilgenommen haben, als qualitativ schlecht eingeschätzt wird. Die Ergebnisse seien zu gering.

Frau Brederlow erklärte, dass sie auch andere Meinungen gehört habe.

zu 13 **Themenspeicher**

Die Vorsitzende, **Frau H. Haupt**, erklärte, dass sie zunächst ein Thema übersehen habe und dies nun aber nachgetragen wird. Es handelt sich um die Studie von Prof. Pfeiffer zur Jugendkriminalität. Dieses Thema wird in den Themenspeicher für den Monat Oktober 2011 aufgenommen.

zu 14 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau U. Haupt fragte nach den Zuwendungsbescheiden für Kinderkrippenausbau. Wie ist der Sachstand? **Frau Brederlow** sagte die Beantwortung zu. Weiterhin fragte **Frau U. Haupt** ob es noch weitere Finanzierungsmöglichkeiten für weiteren Ausbau gebe.

Herr Kogge sagte, dass er dazu mehr Informationen benötige.

Frau Brock fragte nach der Rechtsgrundlage, nach der Freie Träger bei der Beantragung innovativer Projekte ausgeschlossen seien.

Frau Brederlow erklärte, dass jeder Träger Anträge stellen könne. Der Jugendhilfeausschuss hat beschlossen, durch bzw. nach § 11 KJHG bestimmte Träger anzuschreiben.

Frau Wolff fragte nach der Liste „Fluchtwege und Brandschutz“ für Kindergruppen.

Frau Brederlow erklärte, dass die Liste für den Stadtrat geliefert wurde.

Frau Wolff fragte, ob der Stadtverwaltung bekannt ist, dass das JFE Heide-Nord von einer extrem rechten Szene von HFC-Fans beherrscht wird.

Frau Brederlow sagte eine Prüfung zu.

Frau Wolff fragte, warum einige Projekte Personalkosten beantragen konnten und andere nicht.

Frau H. Haupt sagte, dass es momentan geprüft wird und deswegen heute keine Aussage getroffen werden kann.

Frau Gellert fragte nach den vertraglichen Konsequenzen für die Freien Träger, falls es Änderungen des Bundesgesetzes „Bildung und Teilhabe“ geben wird.

Herr Kogge erklärte, dass zwar keine Verträge vom Bund gefordert werden, diese aber von der Stadt Halle als zweckmäßig erachtet werden und auch so abgeschlossen werden dürfen. D.h., bei Änderungen der Rahmenbedingungen können auch die Freien Träger neue Verträge aushandeln und erhalten.

Herr Trömel fragte zum „Teilhabepaket“ bei Klassenfahrten. Er möchte das Antragsverfahren vereinfacht wissen. Es muss momentan erst der „Antrag zum Antrag“ gestellt werden.

Herr Kogge sagte, dass die Schwierigkeit momentan darin besteht, dass die Beantragungsform technisch kompliziert ist, da es keine Software dafür gibt. Im Sozialamt versucht man, Lösungen zu finden. Es sind echte Startschwierigkeiten, die bis zum 30.6. ausgeräumt werden sollen. Das ist das Ziel.

Frau Wolff fragte nach der Verwaltungskostenpauschale der Verwaltung bei den Caterern.

Herr Kogge erklärte, dass auch die Essensgeldregelungen keinen markant erweiterten Verwaltungsaufwand für die Caterer bedeuten. Da sicher mehr Teilnehmer am Essen die Essensproduktion effektiver machen, kann sich das für den Caterer günstig und positiv und ohne Zusatz rechnen.

zu 15 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.09.11

B. Werner (stellv. Protokollführer)

Hanna Haupt (Ausschussvorsitzende)